



Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

3. März 2023

**Hauptausschuss am 10. März 2023 - öffentlicher Tagesordnungspunkt 10**

**Kreistag am 13. März 2023 – öffentlicher Tagesordnungspunkt 4**

**1. Nachtragshaushalt 2023 – Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Aufrechterhaltung der stationären Gesundheitsversorgung durch die Imland Kliniken im Kreis Rendsburg-Eckernförde**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt:

Der Hauptausschuss am 10. März 2023 empfiehlt dem Kreistag **den ersten Nachtragshaushalt 2023 zu beschließen, der die erforderlichen Haushalts- und Finanzierungsmittel enthält, um die Imland gGmbH in kommunaler Trägerschaft fortzuführen.** Der 1. Nachtragshaushalt 2023 entspricht den Angaben in der Mitteilungsvorlage VO/2023/087 und dem anhängenden Haushaltsentwurf 2023.

Der Kreistag beschließt den 1. Nachtragshaushalt 2023 entsprechend den Angaben in der Mitteilungsvorlage VO/2023/087 und dem anhängenden Haushaltsentwurf 2023.

**Begründung:**

Der Kreis ist für die Aufrechterhaltung der stationären Krankenhausversorgung in Form der Grund- und Regelversorgung verantwortlich. Zur Erfüllung des Versorgungsauftrags in kommunaler Hand sollen die erforderlichen Haushalts- und Finanzierungsmittel in den 1. Nachtragshaushalt eingestellt werden. Dabei ist bereits ein Betrag in Höhe von 6 Millionen Euro für die Imland Klinik in den Haushalt des

Kreises für das Jahr 2023 eingestellt. Die einzustellenden Haushalts- und Finanzierungsmittel orientieren sich

- a. an dem Betrag, der voraussichtlich erforderlich sein wird, um die Gesellschaftsanteile an der Klinik aus der Insolvenz zurückzuerhalten, in Höhe von ca. 20 Millionen €
- b. an den erforderlichen kommunalen Eigenanteilen für die laufenden vom Land geförderten Investitionsmaßnahmen an und in den Klinikgebäuden im Jahr 2023 in Höhe von 8,127 Millionen,
- c. an den Betriebsmitteln, die für die Fortführung des Klinikbetriebs in diesem Jahr erforderlich sein werden in Höhe von 12,949 Millionen €
- d. an der erforderlichen Liquidität, um eine positive Fortführungsprognose des Klinikunternehmens zu begründen.

Die Mittel sollen anteilig aus der noch freien Ergebnismrücklage des Kreises aufgebracht werden, anteilig durch geeignete Finanzierungs- oder Veräußerungsmaßnahmen.

Die für die Fortführung des Geschäftsbetriebs in kommunaler Hand erforderliche weitere Liquidität der Imland gGmbH soll dadurch gesichert werden, dass der Kreis die Imland Klinik kreditmittelfähig ausstattet, indem der Kreis das Eigentum an den Klinikgrundstücken ganz oder teilweise als Sacheinlage in die Gesellschaft einbringt.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Christine von Milczewski

Lukas Strathmann